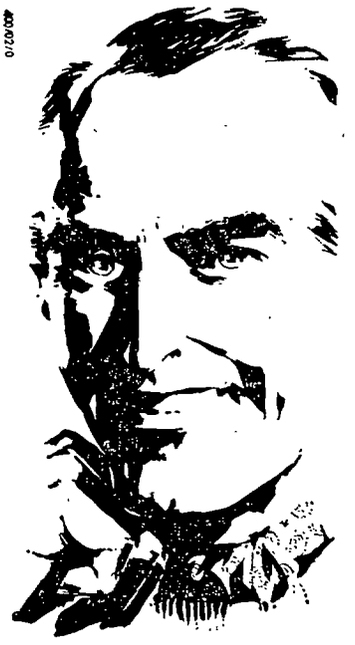


MÄNNER NEHMEN



PITRALON

Die unvergleichliche männliche Note,
das herzhaft frische Prickeln,
die antiseptische Wirkung –
das ist PITRALON das meistgekaufte
Rasierwasser Deutschlands.
Echte Männer nehmen nur

PITRALON*
nach der Rasur

ab DM 1.70
Zum gleichen Preis auch
PITRALON »MILD«

* auch nach der Elektro-Rasur!

dem habe Rupperts Antrag Formfehler aufgewiesen. Folglich könne er nicht wirksam sein.

Die Arztwitwe Schroedter wiederum bekundete, daß ihr Mann nicht als — privater — Sachverständiger, wie er in Beschluß und Verhandlungsprotokoll des Erbgesundheitsgerichts bezeichnet wird, sondern nur als Anstaltsarzt gutachtet habe; somit sei sie für Deckers Ansprüche nicht passiv legitimiert.

Dem Decker verblieb als — vorläufig — einziger Trost die Beteuerung der Stadt Köln, sie sei sich der „Tragik dieses Falles durchaus bewußt". So tragisch freilich, daß sie Decker einen Vorschlag unterbreitet oder vielleicht einen Arbeitsplatz angeboten hätte, empfand die Stadt den Fall nun wieder auch nicht.

Anwalt Schaefer bat hierauf das Landgericht Köln um Armenrecht für seinen Mandanten. Schaefer wollte gegen die Stadt Köln klagen. Die Kölner 5. Zivilkammer lehnte das Gesuch ab.

Was die Witwe Schroedter betreffe, meinte die Kammer, so fehle es an der Kausalität zwischen dem Gutachten des Dr. Schroedter und dem behaupteten Schaden. Wohl sei die Operation „nicht zufriedenstellend verlaufen, damit aber, daß der ärztliche Eingriff die behaupteten Folgen (21 Nachoperationen) haben werde, hat während des Erbgesundheitsverfahrens nach der Lebenserfahrung nicht gerechnet werden müssen". Im übrigen sei es „zweifelhaft", ob Schroedter „1935 zu einer anderen ... Diagnose hätte kommen können".

Ähnlich mühelos und elegant wurde die Stadt Köln entlastet, die einst den Dr. Ruppert zum gesetzlichen Vormund für Decker bestellt hatte. Obwohl Ruppert nicht einmal — wie es seine Pflicht als Vormund gewesen wäre — zur Verhandlung des Erbgesundheitsgerichts Köln am 11. Oktober 1935 erschienen war, kam die Kammer zu dem Schluß: „Das Verhalten des Dr. Ruppert ist ... nicht rechtswidrig gewesen, da der Antragsteller (Decker) in seine Sterilisation eingewilligt hat ... Der Wirksamkeit der Einwilligung steht auch die damals festgestellte Geistesschwäche des Antragstellers nicht entgegen. Denn dieser ist nach seiner Darstellung im anhängigen Verfahren in Wahrheit nicht geistesschwach gewesen."

Die Kammer wußte noch ein weiteres Argument, um darzustellen, daß einzig und allein Decker selbst an seiner Misere schuld ist: „Die Einwilligung ist auch nicht sittenwidrig. Zwar kann eine Zustimmung zu erheblichen Körperverletzungen sittenwidrig sein, wenn die Motive unlauter sind. Das ist jedoch vorliegend nicht der Fall gewesen. Denn der Antragsteller hat selbst als Grund seiner Einwilligung angegeben, es gehe um die Gesundheit des deutschen Volkes ... Das deutsche Volk vor Unheil durch erbkranken Nachwuchs zu bewahren, stellt aber kein unlauteres Motiv dar ..."

Trotz solcher Kölscher Gedankengänge hat Anwalt Schaefer der Kammer eine Beschwerde überreicht, um das Verfahren in Gang zu bringen und seinem Mandanten doch noch das Armenrecht zu verschaffen. Er hofft, daß sich die Kammer in Sachen Wilhelm Decker doch noch zu einer Auffassung durchringen wird, die mit den Regeln der Logik besser vereinbar ist als ihre früheren widersprüchlichen Feststellungen, denen zufolge Decker zwar:

- einerseits derart schwachsinnig gewesen sein soll, daß die Ärzte 1935 schwerlich zu einer anderen Diagnose als „Schwachsinn" hätten kommen können,
- andererseits aber doch wieder so normal, daß seine Einwilligung zur Sterilisation rechtswirksam war.

Anwalt Schaefer glaubt zudem, die Kölner Richter würden sich nach sorgfältiger Prüfung von jenem Argument weniger beeindruckt zeigen, mit dem der minderjährige Decker seinerzeit um beschleunigte Sterilisation bat. Schließlich ging es dem Pflegling damals nicht um „die Gesundheit des deutschen Volkes", sondern allein darum, seine Freiheit möglichst bald wiederzuerlangen.

Jenen — ihm von Dr. Cohnen in den Mund gelegten — Satz schrieb Decker ja nur, weil man ihn vor die Wahl gestellt hatte: Freiheit durch freiwillige Sterilisation oder Zwangssterilisation nebst dauerndem Aufenthalt in der Heil- und Pflegeanstalt.

Daß Wilhelm Decker seine Wahl seinerzeit ohne Zögern traf, spreche — so Schaefer — keineswegs für seine echte Bereitschaft zur Sterilisation, sondern allenfalls gegen die amtliche These vom Schwachsinn im Jahre 1935.

WERTPAPIERE

DAWES-ANLEIHE

Etwas Besseres gibt es nicht

Die Bewältigung der deutschen Vergangenheit vollzieht sich nicht allein in den Schulstuben und Vortragssälen der Bundesrepublik, sondern — ungleich konkreter — auch an den internationalen Börsen: Erstmalig kauft jetzt die Bundesrepublik Schuldverschreibungen der nach dem Bankier und US-Vizepräsidenten Charles Gates Dawes benannten Goldmark-Anleihe von 1924 durch Auslosung zurück, allein in London für 170 900 Pfund Sterling, in Paris für



Deutschland-Gutachter **Dawes** (1924)
Der Haß trug Zinsen

42 400 Pfund und in New York für 1 383 300 US-Dollar.

Diese alten Reichsschulden sind wertbeständiger geblieben als jener politische „Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont", den Außenminister Gustav Stresemann im Sommer 1924 bei den Verhandlungen der damaligen Reparationskonferenz in London zu sehen glaubte. Grundlage dieser Konferenz war der Bericht eines Sachverständigenkomitees, dem der Amerikaner Dawes pfeiferauchend vorgesessen hatte. Dawes und seine Experten hatten die deutsche Wirtschaftslage gründlich daraufhin untersucht, wie Deutschland befähigt werden könne, die enormen finanziellen Forderungen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu erfüllen.

Als Reparationsschuld waren dem Reich im Jahre 1921 31,4 Milliarden Dollar (132 Milliarden Goldmark) zudiktiert worden. Diese utopische Summe sollte Deutschland bezahlen, weil der in seinem Deutschenhaß maßlose französische Ministerpräsident Raymond Poincaré außer den eigentlichen Reparationen auch Frankreichs Kriegskosten und sogar Pensionen bezahlt wissen wollte.

Indes, die Zahlungsfähigkeit der ausgepumpten deutschen Wirtschaft ließ sich auch durch Kraftakte wie die französische Ruhrbesetzung nicht steigern; der Ruhrkampf verschlechterte nur die deutsche Wirtschaftslage. Vom Herbst 1923 bis zum Sommer des Jahres 1924 berieten deshalb Charles Dawes und seine Experten darüber, wie man Deutschland eine gewisse Atempause und Stärkung zubilligen könne, um den Fluß der Reparationen durch eine Überstrapazierung der deutschen Wirtschaft und Währung nicht grundsätzlich zu gefährden.

Durch den im Londoner Abkommen vom 16. August 1924 schließlich angenommenen Dawes-Plan verpflichtete sich Deutschland, nach einer Übergangszeit mit geringeren Leistungen von 1928 an den Siegern jährlich 2,5 Milliarden Goldmark zu zahlen: davon 1,25 Milliarden aus Etatmitteln — unter Verpfändung deutscher Zölle und der Verbrauchsteuern für Branntwein, Tabak, Bier und Zucker — und elf Milliarden als erststellig hypothekarisch gesicherte Obligationen der Reichsbahn sowie 300 Millionen Zinsen und Tilgungsbeträge aus einer Auflage für die deutsche Industrie in Höhe von fünf Milliarden Goldmark.

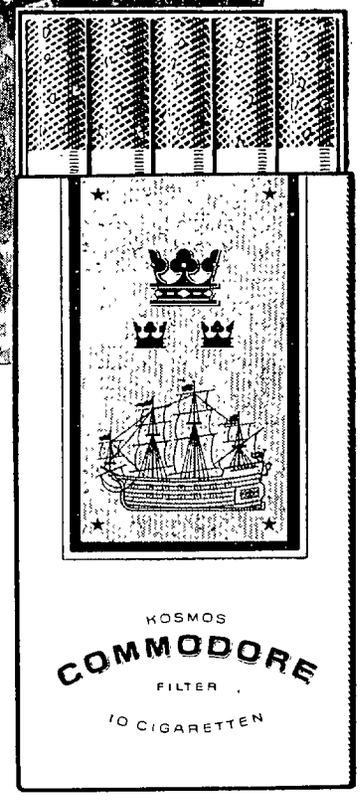
Im Dawes-Plan hatte es wörtlich geheißen: „Ziel des Planes ist die Erzielung der höchsten jährlichen Zahlungen durch Deutschland." Um die zu melkende Kuh erst einmal genügend hochzupäppeln, wurde deshalb 1924 für Deutschland an den internationalen Börsen eine siebenprozentige Anleihe im Werte von 800 Millionen Goldmark — die Dawes-Anleihe — aufgelegt.

Während aber der Dawes-Plan bald durch den Young-Plan abgelöst wurde und dieser zweite Reparationsplan im Strudel der Weltwirtschaftskrise unterging, hat die Anleihe von 1924 alle Fährnisse der Zeit gut überstanden. Im März 1951 — Dawes lag damals im Sterben — versicherte Bundeskanzler Konrad Adenauer den alliierten Hohen Kommissaren: „Die Bundesrepublik bestätigt, daß sie für die äußeren Vor-

COMMODORE



10 Pf



Ihm vertraut man gern.

Der Kapitän eines Ozeanriesen ist eine imponierende Erscheinung. Er ist wahrhaft welterfahren und beherrscht souverän sein schwimmendes Reich.

Männer wie er - tatkräftig, aufgeschlossen und mit klarem Blick für das Wesentliche - wissen Commodore zu schätzen. Eine Filter-Cigarette neuen Stils, von der Kenner sagen: sie hat Niveau!

... dem Fortschritt verpflichtet

kriegsschulden des Deutschen Reiches haftet."

Neuerliche Schuldenverhandlungen, die nun auch den Zweiten Weltkrieg einbezogen, führten 1953 zum Londoner Schuldenabkommen, das für die Käufer der Dawes-Papiere von 1924 die Gewißheit brachte, ihre Anlage habe sich als wertbeständig und zinsträchtig erwiesen. Die alten Papiere wurden zwar äußerlich durch sogenannte Konversionsbonds ersetzt, und der Zins wurde auf fünf und fünfeinhalb Prozent neu festgelegt; im übrigen aber kam die Dawes-Anleihe nach dem Londoner Abkommen als flott gehandeltes Papier an den Börsen wieder zu Ehren. Die bis 1944 fälligen Zinsen wurden mit gesondert ausgegebenen Fundierungsbonds erfaßt und ebenfalls gehandelt.

Insgesamt verpflichtete sich die Bundesregierung zur Rückzahlung von restlichen 376 Millionen Mark der Anleiheschuld sowie zur Zahlung von 90 Millionen Mark aufgelaufener Zinsen. Die Bundesschuldenverwaltung in Bad Homburg, die für die Bedienung der alten Reichsschuld zuständig ist, registrierte erfreut, daß der jahrelang niedrig notierte Kurs wieder anzog. Der Präsident des Amtes, Dr. Wolfgang Nickel: „Mit dem Kurs stieg auch das Vertrauen in die Bonität der Bundesrepublik."

Als die Dawes-Papiere jedoch an ausländischen und westdeutschen Börsen von 85 und 90 Punkten auf über 100 kletterten, war naturgemäß niemand bereit, freiwillig seine Papiere zum Pari-Kurs abzugeben. Präsident Nickel mußte deshalb — den Anleihebedingungen gemäß — auf die Auslosung zurückgreifen, um den bis 1969 laufenden Tilgungsplan einzuhalten. Inzwischen wurden für nominell tausend Mark Dawes-Anleihe schon 45 bis 100 Mark Aufpreis gezahlt.

Dr. Nickel und seine 900 Mitarbeiter in Bad Homburg führen den steigenden Kurszuwachs nicht zuletzt darauf zurück, daß inzwischen immer mehr gewiefte westdeutsche Kapitalanleger die einstige Auslandsanleihe in ihren Wertpapiersafe aufnehmen. Auch für inländische Besitzer von Dawes-Papieren gilt nämlich, was seit den Tagen der Kapitalmarktförderungsgesetze kurz nach dem Zweiten Weltkrieg am westdeutschen Wertpapiermarkt selten geworden ist: Ihre Zinserträge sind absolut steuerfrei.

Bundesschulden-Präsident Dr. Nickel: „Wenn es nicht unmöglich wäre, daß ein Beamter 10 000 Mark erübrigen kann, würde ich das Geld in Dawes- und Young-Papieren anlegen — was Besseres gibt's ja gar nicht."

AFFÄREN

NACHRICHTEN-MAGAZINE

Schecks und rote Rosen

Tegernsee 3004 gibt keine Antwort mehr: Techniker der Bundespost haben den Telephonanschluß des Nachrichtenmagazins „Plus" gesperrt. Die Redaktionsstuben des Hauses Forellenstraße 13 in Rottach-Egern, das sich Verleger Christian Klein im Herbst 1959 als Residenz erkoren hatte, um den deutschen Zeitschriftenmarkt endlich mit einem Blatt für „konstruktive Kritik" zu beliefern, sind verlassen. Redakteure und Verlagsangestellte haben Verleger Klein vor dem Arbeitsgericht in Holzkirchen bei München auf Zahlung der seit November ausstehenden Gehälter verklagt.

Damit hat das journalistische Abenteuer Christian Kleins schon nach Erscheinen der dritten Nummer der neuen Zeitschrift ein klägliches Ende gefunden. Verleger Klein kann sich allerdings mit dem Gedanken trösten, daß lange vor Beginn des Unternehmens „Plus" auch andere Versuche gescheitert sind, ein neues deutsches Nachrichtenmagazin herauszubringen*.

Fachleute hatten die Erfolgschancen für die ehrgeizigen Pläne Kleins von vornherein gering veranschlagt. Der „Plus"-Unternehmer war bei westdeutschen Verlagen nämlich kein ganz unbekannter Mann:

▷ Der Verlagskaufmann Erhard Christian Klein, 1949 Angestellter der im Verlag Eckensberger & Co. erscheinenden „Braunschweiger Zeitung", wurde von der 4. Strafkammer des Braunschweiger Landgerichts unter dem Aktenzeichen 4 KMs 8/49 am 28. Juni 1950 wegen „fortgesetzter Untreue und wegen fortgesetzten Betruges in Eintat mit fortgesetzter Urkundenfälschung und einer Unterschlagung" zu 14 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt.

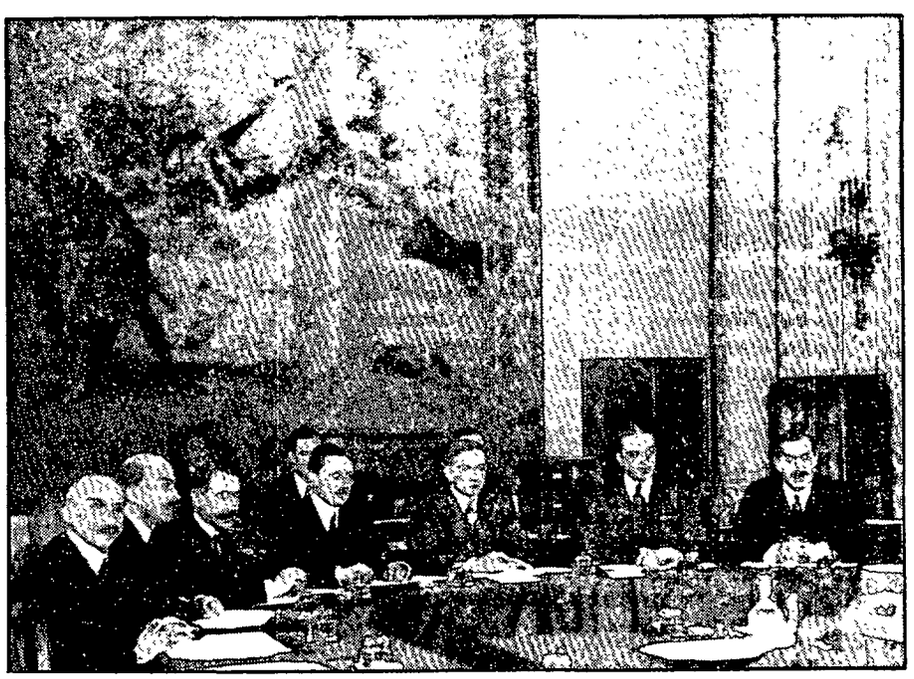
▷ Der Handelsvertreter Erhard Christian Klein, vom 1. August 1951 bis zur fristlosen Entlassung am 29. Februar 1952 Betriebswerbeleiter der „Welt" in deren Essener Zweigbetrieb, Sachsenstraße 36, wurde am 26. September 1952 vom Arbeitsgericht Essen unter dem Aktenzeichen 1 Ca. 885/52 verurteilt, der „Welt" 5240,19 Mark zu zahlen, weil er die Veruntreuungen eines Werbekolonnen-Führers „durch eigene grobe Fahrlässigkeit ermöglicht und somit den ... entstandenen Schaden mit verursacht" hatte. Das Gericht ließ „dahingestellt", ob Klein mit dem Kolonnenführer, den er im Gefängnis kennengelernt und dann bei der „Welt" untergebracht hatte, dabei „Hand in Hand" arbeitete.

▷ Der Verlagskaufmann Erhard Christian Klein war vom Sommer 1954 bis zum Sommer 1955 „Generalbevollmächtigter" der Verlags- und Vertriebsgesellschaft „Buch und Bildung" in Stuttgart. Das Ergebnis dieses einen Jahres: Am 21. Oktober 1955 mußte „Buch und Bildung" Konkurs anmelden. Die Forderungen belaufen sich auf rund 1,3 Millionen Mark; ein damals gegen Klein eingeleitetes Verfahren ist bis heute nicht abgeschlossen.

Trotz solcher beruflicher Fehlschläge empfahl sich Klein am 31. Dezember 1957 auf die Anzeige E. D. 3627 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" dem Inserenten — dem Simplicissimus-Verlag — für die Position eines Verlagsleiters und schrieb: „Immer wieder sind mir im Laufe meines Berufslebens neue Aufgaben gestellt worden, und ich mußte mich in kürzester Zeit in unbekannte oder weniger bekannte Arbeitsgebiete einfügen — ich darf sagen, jedesmal mit Erfolg."

Auch die wohltönenden Sätze dieses Bewerbungsschreibens bescherten Klein keinen Dauererfolg: Am 24. Februar 1958 vom „Simpl" als Verlagsleiter angestellt, wurde er schon am 21. Juli desselben Jahres wegen groben Vertrauensbruchs fristlos entlassen.

Von dieser Unglücks-Serie alles andere denn entmutigt, meldete sich Klein auf eine Chiffre-Annonce in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die der 72jährige Redakteur Dr. Heinz Klepp aufgegeben hatte und mit der das Aben-



Reparationsberater **Dawes** (3. v. r.), **Young** (2. v. r.): Gefüttert und gemolken

* „Der Scheinwerfer — Das aktuelle Magazin", erstmals herausgegeben im Oktober 1948, scheiterte im Oktober 1950. „Kritik der Zeit", 1950 gegründet, stellte schon 1951 das Erscheinen wieder ein. „Information — Klatsch-Journal Nr. 1" erschien nur vom 23. April bis zum 1. Dezember 1952. „Bonner Hefte", 1951 auf den Markt gebracht, 1956 in „Das Neue Journal" umbenannt, existieren nur noch, weil sie von der Bundesregierung subventioniert werden.